

kurz im fokus

Honorar-Angleichung gefordert

Die Zahnärzte in Deutschland dringen darauf, 19 Jahre nach dem Fall der Mauer die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West abzuschaffen. Nachdem dieser Schritt bei den niedergelassenen Ärzten bereits vollzogen sei, müsse auch die Differenz von bis zu 15 Prozent bei den Zahnmedizinern ausgeglichen werden, so Dr. Jürgen Fedderwitz, Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung: „Für den Ost-West-Ausgleich brauchen wir 140 Millionen Euro im Jahr. Das entspricht 0,015 Beitragssatzpunkten.“ Dies dürfe aber nicht auf Kosten der West-Kollegen geschehen. (dpa)

Altersgrenze für Ärzte fällt

Die Bundesregierung reagiert auf Nachfrageprobleme niedergelassener Ärzte: Kassenärzte dürfen künftig selbst entscheiden, wie lange sie arbeiten wollen, berichtet die „Apotheken Umschau“. Bisher mussten Allgemein- und Zahnmediziner mit 68 Jahren ihre Kassenpraxis aufgeben. Diese Regelung will die Bundesregierung ab Januar 2009 aufheben. Das soll den Ärzten mehr Zeit geben, einen Nachfolger für ihre Praxis zu finden. 2007 war jeder sechste Vertragsarzt älter als 60 Jahre. (Apotheken Umschau)

Krankenkassen-Fusionen möglich

Der Chef des AOK-Bundesverbands, Hans Jürgen Ahrens, hält Zusammenschlüsse mit anderen Krankenkassen für möglich. „Ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir auch mit anderen Kassen außerhalb des AOK-Systems fusionieren, wenn man zusammenpasst“, sagte er der „Passauer Neuen Presse“. Er erwarte nach dem Start des Gesundheitsfonds Anfang 2009 eine Fusionswelle in der gesamten Branche. Für die Mehrzahl der AOK-Versicherten rechnet der Kassenchef mit Entlastungen beim Beitragssatz. Zusatzbeiträge, die laut Gesundheitsreform möglich sind, seien vorerst nicht geplant, sagte Ahrens der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse“. „Wie sich das Jahr weiterentwickelt, bleibt abzuwarten.“ (dpa)

„Ärzte im Zukunftsmarkt Gesundheit 2008“:

Gute Medizin wird Luxus

80 Prozent der deutschen Ärzte erwarten, dass sich die medizinische Versorgung durch das Ende des Vertragsmonopols der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) nicht verbessern wird. Laut der aktuellen Studie „Ärzte im Zukunftsmarkt Gesundheit 2008“ sind nur sechs Prozent von ihnen der Überzeugung, die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steigerung des Wettbewerbs würden sich in dieser Hinsicht positiv auswirken. Mehr als zwei Drittel der Ärzte halten eine Forcierung des Wettbewerbs im Gesundheitsmarkt für wahrscheinlich. Deutlich wird jedoch auch, dass der Berufsstand die negativen Folgen für sich und die Patienten fürchtet. So zeigt sich eine Mehrheit von 88 Prozent davon überzeugt: Gute Medizin wird künftig noch mehr eine Frage des Geldes sein. Das Ende des KV-Monopols wird nur wenigen Ärzten zugute kommen,



men, meinen zwei Drittel. In Zukunft werden nämlich die Krankenversicherer die Arzthonorare drücken – vier von fünf Ärzten zeigten sich davon überzeugt. Dass darüber hinaus laut 63 Prozent das Gesundheitssystem keineswegs transparenter werden wird, stellt den Maßnahmen der Gesundheitsreform kein gutes Zeugnis aus.

Durchgeführt wurde die Studie von der Gesellschaft für Gesundheitsmarktanalyse (www.ggma.de) im Auftrag der Stiftung Gesundheit. Unter <http://www.stiftung-gesundheit.de/forschung/studien.htm> kann die Kurzfassung der Studie heruntergeladen werden.

Verwaltungsaufwand und zusätzliche Kosten:

Was Ärzte von der E-Card erwarten



84 Prozent der niedergelassenen Ärzte erwarten bei Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (E-Card) einen erhöhten Verwaltungsaufwand für ihre Praxis und 89 Prozent rechnen mit zusätzlichen Anschaffungskosten für Hard- und Software. Dies ergab eine Online-Befragung im September 2008 durch TNS Healthcare in einer repräsentativen Stichprobe.

Die Einführung der E-Card ist aufseiten der gesetzlichen Krankenversicherungen und der vorherrschenden Gesundheitspolitik mit der Erwartung deutlicher Kosteneinsparungen verbunden. Außerdem soll die therapeutische und diagnostische Versorgung der Versicherten durch den Einsatz der E-Card und dabei im Besonderen die

Betreuung der chronisch Erkrankten verbessert werden. Im Gegensatz zu diesen Erwartungen, die mit der Einführung der E-Card verbunden sind, kommt die aktuelle Befragung durch TNS Healthcare bei den Ärzten zu deutlich anderen Ergebnissen: Obwohl eine Mehrheit der befragten Ärzte (64 Prozent) einen Vorteil durch die Einführung der E-Card beim Zugang zu Informationen über Therapie und Diagnose der Patienten sieht, glauben nur 36 Prozent der Ärzte an eine verbesserte Behandlung und Betreuung chronisch Kranker. Hinzu kommen die Befürchtungen über einen höheren Verwaltungsaufwand (84 Prozent) und zusätzliche Anschaffungskosten (89 Prozent) für die benötigte Hard- und Software. Auch die Abstimmung und Koordination zwischen den verschiedenen Facharztgruppen wird nach Meinung der Ärzte durch die Einführung der E-Card nicht verbessert. Mehr als die Hälfte der Befragten (58 Prozent) erwartet keine Verbesserung in der Abstimmung und Koordination zwischen den Ärzten. (TNS Healthcare)